BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 92-2 vom 11. Oktober 2025

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

beim Tag der Markenwirtschaft
am 9. Oktober 2025 in Berlin:

Herr Kallerhoff,
meine Damen und Herren,

herzlichen Dank, dass Sie da sind, dass Sie in Berlin sind. Ich freue mich, dass wir uns sehen – wenn auch nur kurz, weil die Tage im Augenblick dicht gefüllt sind.

Sie kommen aber im Grunde genommen zu einem sehr guten Zeitpunkt, denn wir haben gerade in diesen Tagen einige wichtige Entscheidungen getroffen. Im Deutschen Bundestag laufen gerade sechs zweite und dritte Lesungen von Gesetzentwürfen, die wir im Kabinett verabschiedet haben, die durch die Koalitionsfraktionen durch sind und die jetzt gerade auch verabschiedet werden.

Dazu gehört unter anderem eine erneute Änderung des Zuwanderungsgesetzes beziehungsweise des Aufenthaltsgesetzes. Wir haben ohnehin im Bereich der Einwanderung und der Migration einige wichtige Entscheidungen getroffen. Damit meine ich gar nicht mal nur die restriktiven Entscheidungen im Hinblick darauf, dass wir weniger irreguläre Migration wollen. Die Migrationszahlen gehen eindrucksvoll zurück – vergleicht man den August 2024/2025, um minus 60 Prozent. Da haben wir also einiges erreicht. Wir wollen aber auch die Einwanderung in den Arbeitsmarkt in Deutschland erleichtern. Deswegen ist die sogenannte Work-and-Stay-Agentur auf einem guten Weg. Und auch das werden wir bald im Kabinett verabschieden, sodass Sie in Zukunft mit einem völlig anderen Verfahren rein digital auch ausländische Arbeitskräfte anwerben können. Das umfasst dann aus einer Hand die Einwanderungsgenehmigung, die

Arbeitsgenehmigung und die Anerkennung der Berufsabschlüsse. Wir gehen jetzt also wirklich sehr schnell voran.

Ich hoffe, Sie haben in der letzten Nacht mehr und besser geschlafen als ich, aber ich kann Ihnen aus dieser Nacht berichten: Wir haben mit der SPD jetzt wirklich sehr gute Verabredungen im Hinblick auf die neue Grundsicherung getroffen. Das Wort Bürgergeld gehört ab heute der Vergangenheit an; das gibt es demnächst nicht mehr. Vielmehr werden wir jetzt mit der neuen Grundsicherung neue Anforderungen stellen, auch hinsichtlich der Mitwirkung derjenigen, die den Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland im Falle der Arbeitslosigkeit brauchen. Das muss auch klar bleiben: Diejenigen, die uns als Solidargemeinschaft wirklich brauchen, werden uns auch in Zukunft bekommen. Wir werden die Mitwirkungsrechte aber deutlich klarer abfassen. Und wir werden vor allem die Sanktionen bis hin zu einer wirklich vollständigen Kürzung der Leistungen in das Sozialgesetzbuch II hineinschreiben. Das Ganze ist mit den Sozialdemokraten einvernehmlich verabredet. Das hat etwas gedauert. Frau Bas und ich haben gesagt: Wir übernehmen das einmal zusammen und schreiben auch einmal Texte auf, wie wir das gerne sehen würden. Diese Texte haben wir in der letzten Nacht verabredet.

Wir haben im Übrigen auch die sogenannte Aktivrente auf den Weg gebracht. Das heißt, ab dem 1. Januar 2026 können Sie Beschäftigte über die Regelaltersgrenze hinaus länger in Ihren Unternehmen halten, wenn sie beziehungsweise Sie – „sie“ kleingeschrieben, „Sie“ großgeschrieben – denn wollen. Dafür bekommen sie dann einen zusätzlichen Steuerfreibetrag von 2.000 Euro pro Monat, um den der Grundfreibetrag aufgestockt wird, mit der Folge, dass sie dann bis zu 36.000 Euro jährlich als Alleinstehende beziehungsweise 48.000 Euro als Verheiratete steuerfrei im Unternehmen hinzuverdienen können.

Das heißt, wir wollen jetzt ganz systematisch auch in die Arbeit gehen, in Deutschland eine höhere Produktivität zu erzielen. Das sogenannte Vorbeschäftigungsverbot haben wir schon abgeschafft, das ist schon entschieden. Was heißt das? Das heißt – der eine oder andere von Ihnen wird es wissen; das ist eine völlig absurde Regel, die wir in Deutschland aber über Jahre hatten –, dass jemand, der im Betrieb ist und dort länger arbeiten möchte, nachdem er in Rente gegangen ist, im selben Betrieb nicht

weiterarbeiten darf, sondern sich mit irgendeinem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis im Nachbarbetrieb anmelden muss, weil er im alten Betrieb nicht arbeiten darf. Das nannte man in Deutschland Vorbeschäftigungsverbot. Das haben wir schon abgeschafft, das gilt schon nicht mehr. Und jetzt kommt die Aktivrente hinzu.

Ich will Ihnen einfach einmal sagen: Wir meinen das mit Reformen und Veränderungen in diesem Land ernst. Es geht nicht alles über Nacht, aber es geht jetzt zügig voran. Wir werden das auch in diesem Jahr noch auf den Weg bringen und so weit entscheiden, dass wir am 19. Dezember, wenige Tage vor Weihnachten, noch die letzte Bundesratssitzung des Jahres 2025 erreichen, damit wir das dann am 1. Januar 2026 auch praktisch in die Anwendung geben können.

Warum machen wir das? Damit bin ich vielleicht bei einem etwas sehr grundsätzlichen Thema. Wir befinden uns in diesem Land im dritten Jahr in der Stagnation. Wenn Sie genauer hinschauen, sehen Sie, dass wir uns in einigen Branchen sogar in der Rezession befinden. Wir haben seit ungefähr zehn Jahren keinen Zuwachs an Produktivität mehr in unserem Land. Wir leben im Grunde genommen von der Substanz, und das schon ziemlich lange. Diese Koalition ist nicht angetreten, um das fortzusetzen und sozusagen in der Seitwärtsbewegung zu sagen: Wir machen jetzt alles so weiter und verbreiten ein bisschen gute Stimmung, aber der Rest bleibt, wie er war. Nein, wir sind angetreten, um dieses Land wirklich fit zu machen für die Zukunft.

Dazu gehört, dass wir in dieser Koalition eine Grundentscheidung getroffen haben, die da lautet: Dieses Land, die Bundesrepublik Deutschland, muss ein Industriestandort bleiben. Wir müssen ein Land mit produzierender Industrie bleiben. Produzierende Industrie heißt nicht, dass auch da alles beim Alten bleibt. Die Industrie ist in einem tief greifenden Wandel. Die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz werden dieses Land und werden die Welt weiter in rasendem Tempo verändern. Wir haben aber den Anspruch an unser Land, aber auch an uns selbst, dafür zu sorgen, dass wir Schritt halten können und dass wir auch der jungen Generation eine Perspektive geben, in diesem Land zu leben, in diesem Land zu arbeiten und in diesem Land auch in Freiheit und in Sicherheit zu leben.

Das ist sozusagen die Bandbreite, in der wir uns bewegen. Und ich sage „in Freiheit und in Sicherheit“ nicht, weil es zur politischen Rhetorik dazugehört, sondern weil wir in einer Zeit leben, in der unsere Freiheit und unsere Sicherheit nun wirklich ernsthaft gefährdet sind. Das ist nicht nur der Krieg in der Ukraine, der mit unverminderter Härte – sogar härter als in den letzten drei Jahren – fortgesetzt wird. Das ist auch die hybride Bedrohung, die wir sehen. Das sind die täglichen Angriffe auf unsere Datennetze. Das sind die Spionageaktivitäten von Russland, China, Iran, Nordkorea und vielen anderen Ländern. Das sind die Drohnenüberflüge, die wir in unserem Land erleben.

Ich wiederhole deshalb meinen Satz, der da lautet: Wir sind nicht im Krieg, aber wir leben auch nicht mehr im Frieden. Es ist eine andere Zeit. Und wir müssen uns dieser Zeit stellen. Und wir müssen die Herausforderungen, die uns da gestellt sind, annehmen. Annehmen heißt: Wir tun alles, damit dies ein Land bleibt, das in Freiheit, in Frieden, in Wohlstand und mit hohen sozialen Sicherheiten leben kann.

Das ist die Aufgabe, die dieser Bundesregierung zuallererst gestellt ist. Das alles geht nicht, wenn wir meinen, das alleine machen zu können. Das geht nur, wenn wir als größtes europäisches Land – in der geostrategischen Mitte unseres Kontinents gelegen; diese Rolle haben wir uns nicht ausgesucht, die haben wir und der können wir auch nicht ausweichen –, den Auftrag ernst nehmen, in der Mitte Europas dafür zu sorgen, dass das auch mit unseren europäischen Nachbarn auf einen guten Weg geht. Deswegen habe ich mich vom ersten Tag meiner Amtszeit an auch so sehr für eine vertiefte europäische Integration und für eine vertiefte europäische Zusammenarbeit engagiert. Das ist nicht nur ein Teil meiner persönlichen politischen Prägung. Es ist vielmehr meine tiefe Überzeugung, dass wir in Deutschland nur dann eine gute Chance haben, wenn wir mit unseren europäischen Nachbarn eng zusammenarbeiten.

Wenn es Europa gut geht, dann geht es Deutschland gut. Aber wenn es Europa nicht gut geht, dann geht es uns überdurchschnittlich schlecht. Deswegen habe ich vom ersten Tag an gesagt: Mein Engagement in Europa, mein Engagement in der Außenpolitik, mein Engagement mit unseren Nachbarn in der gesamten Europäischen Union – bis hin zu Großbritannien, das leider nicht mehr zur Europäischen Union dazugehört –, dient einzig und allein dem Zweck, unsere Freiheit zu erhalten, den Frieden zu erhalten und dafür zu sorgen, dass wir ein hohes Maß an Wohlstand, an Produktivität

und damit auch an sozialer Sicherheit in unserem Lande auf Dauer garantieren können.

Ich habe das Folgende im letzten Jahr schon gesagt, als ich bei Ihnen war, und ich will es wiederholen, einfach weil es für lange Zeit richtig bleibt: Wir werden die ganzen Dimensionen dessen, was sich zurzeit auf der Welt verändert, wahrscheinlich erst in einigen Jahren im Rückblick auf unsere heutige Zeit wirklich zutreffend beurteilen können. Meine persönliche Einschätzung ist: Wir leben nicht nur in einer Zeitenwende, sondern in einem tiefen Zeitenbruch oder einem Epochenbruch. Wir erleben zurzeit geradezu tektonische Verschiebungen der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt. Da verändert sich so viel wie im Grunde seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Selbst die Zeit der Wiedervereinigung war eine Zeit, die nicht so tief greifende Veränderungen ausgelöst hat wie das, was wir gegenwärtig erleben. Dass wir auch in dem Teil der Welt, den wir einmal den freien Westen genannt haben, mittlerweile die Attraktivität von autoritären politischen Systemen sehen – bis hin in die Mitte Europas –, ist etwas, von dem ich vor Jahr und Tag nicht geglaubt hätte, dass es noch einmal möglich sein sollte.

Deswegen kommt zu Freiheit, Frieden, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit auch noch die Offenheit unserer liberalen und freiheitlichen Gesellschaft hinzu. Das setzt voraus, dass wir nicht nur nach außen diesen Anspruch vertreten, sondern dass wir ihn auch nach innen vertreten und auch in unserem Lande durchsetzen. Gerade deshalb – das ist nicht nur parteipolitisch begründet – kämpfen wir, kämpfe ich persönlich so dagegen, dass sich dieser Ungeist einer sogenannten Alternative für Deutschland in unserem Land, in Deutschland, weiterverbreitet. Das ist nicht eine beliebige Alternative im breiten demokratischen Spektrum unseres Landes, sondern das ist eine Partei, die eine völlig andere Republik, ein völlig anderes Binnenklima in unserem Lande will. Ich werde alles tun, um zu verhindern, dass eine solche Partei jemals politische Mehrheiten in Deutschland hat.

Und nun zu Ihnen: Der Markenverband ist ein Querschnittsverband durch alle Branchen und Industrien unseres Landes hindurch. Es gibt keinen Verband – und das ich sage nicht, weil ich heute bei Ihnen bin, sondern weil es objektiv so ist –, der so sehr für das „Made in Germany“ steht wie Sie und Ihre Mitgliedsunternehmen. Das, was Sie

an Marke haben, was Sie an „brand“ haben, ist das, was Deutschland auf der ganzen Welt zeigt. Das, was Sie mit den Marken – mit den traditionsreichen Marken, aber auch mit neuen Marken – leisten, ist das, was die Welt von Deutschland sieht. Deswegen haben wir auch in Ihrem Interesse ein Interesse daran, dass wir jetzt wieder nach vorn kommen und dass wir dafür sorgen, dass dieses Land auch mit seinen Marken, mit dem, was uns starkgemacht hat, auf der Welt sichtbar und erfolgreich werden.

Vielleicht darf ich auch das berichten: Ich komme gerade aus einem fast zweieinhalbstündigen Dialog mit der deutschen Automobilindustrie. Auch darunter sind bekannte Marken, mit denen wir über die Frage gesprochen haben: Wie geht es mit dieser wichtigen Industrie unseres Landes weiter? Das ist eine Industrie, von der so viele Arbeitsplätze abhängen wie von keiner anderen Industrie in Deutschland. Das ist die Industrie, die unser Land nach innen und vor allem nach außen prägt wie keine andere Industrie.

Ich bin deshalb sehr dankbar dafür, dass wir uns schon gestern Abend in der Koalition und gerade eben noch einmal mit den Herstellern, den Zulieferern, den großen, aber auch den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die im Verband der Automobilindustrie zusammengeschlossen sind, sowie den Gewerkschaften – die Vorsitzende der IG Metall ist dabei gewesen – und den Betriebsräten darauf verständigt haben, dass wir jetzt alles tun wollen, um dieser Industrie – und sie steht stellvertretend für so viele andere – auch regulatorisch in Deutschland, in Europa und auf den globalen Märkten eine Zukunft zu geben.

Ich kann dieses Thema nicht ansprechen, ohne auch auf die Europäische Union zu sprechen zu kommen. Noch einmal: Ich bin ein wirklich zutiefst überzeugter Europäer. Aber das, was die Europäische Union in den letzten Jahren an Regulierungsdichte ausgelöst hat, ist jetzt einfach zu viel. Und das muss korrigiert werden.

Ich möchte Ihnen das sozusagen exemplarisch an der Diskussion erläutern, die wir über das Jahr 2035 und das sogenannte Verbrenner-Aus führen. Es ist von vornherein ein schwerer politischer Fehler, wenn die Politik sich im Vorgriff auf Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, auf bestimmte Technologien festlegt. Das ist nicht unsere Aufgabe. Ich will noch einen Schritt weitergehen: Selbst wenn es unsere Aufgabe wäre, könnten

wir das nicht, einfach weil wir es nicht wissen. Einer der großen Väter der marktwirtschaftlichen Ordnung, August von Hayek, hat einmal von „angemaßtem Wissen“ gesprochen. Es ist eine Anmaßung der Politik, glauben zu wissen, welche Technologien im Jahr 2035, 2045 oder 2055 die Technologien sind, die gemeinsame Ziele wie Mobilität und Klimaneutralität erreichen. Es ist eine pure Anmaßung.

Deswegen haben wir das heute gut besprochen und gut verabredet. Ich habe es der deutschen Automobilindustrie und auch den Belegschaften gesagt, und ich will es hier wiederholen: Wir müssen technologieoffen bleiben und gleichzeitig die Ziele, die wir uns im Hinblick auf CO2-Neutralität und Klimaneutralität gesetzt haben, gemeinsam so schnell wie möglich erreichen. Das erreichen wir nur, wenn wir den Unternehmen heute sagen: Forscht, entwickelt, macht das, was ihr könnt, und sorgt dafür, dass wir die Ziele – die geben wir politisch vor – gemeinsam so schnell wie möglich erreichen. Das heißt aber im Klartext auch: Antriebstechnologien müssen und können weiterentwickelt werden.

Ich mache mir einen Satz zu eigen, den der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen heute in dieser Runde gesagt hat. Er hat ihn auch öffentlich gesagt, deswegen kann ich ihn zitieren: „Es darf im Jahr 2035 keine Abbruchkante geben.“ Es wird keine Abbruchkante geben. Und ich werde alles tun, um dafür zu sorgen, dass genau das nicht geschieht. Unser Ziel ist, diese Industrie, die wir in Deutschland haben, über das Jahr 2035 hinaus mit modernsten Technologien so zukunftsfähig zu machen, dass wir auf den globalen Märkten wieder mitspielen. Das ist eine Herkulesaufgabe! Wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Sie müssen in den Unternehmen dafür die Möglichkeiten eröffnen. Sie müssen die Forschung, die Entwicklung leisten.

Die Rahmenbedingungen, die wir zu schaffen haben, bestehen aus meiner Sicht im Wesentlichen aus zwei Punkten, jenseits dieser europäischen Regulierung. Wir müssen erstens dafür sorgen, dass wir in der Energiepolitik zu vernünftigen Lösungen kommen. Energie, insbesondere Strom, ist in Deutschland nach wie vor zu teuer. Deswegen entwickeln wir im Kabinett eine Kraftwerkstrategie, und wir entwickeln einen Industriestrompreis, die wir aber beide in Brüssel genehmigen lassen müssen. Die Bundeswirtschaftsministerin ist unterwegs und hat eine Kraftwerkstrategie. Mit der ist sie schon in Brüssel. Und sie hat eine Vorstellung davon, wie wir für die Jahre 2026,

2027, 2028 in Deutschland einen Strompreis für energieintensive Unternehmen entwickeln können, sodass wir damit irgendwann zu Beginn des nächsten Jahres sagen können: Es gibt neue Kraftwerke in Deutschland, und zwar Gaskraftwerke, wenn möglich natürlich wasserstofffähig. Aber wenn es die Wasserstofftechnologie noch nicht gibt, dann bauen wir sie – auch ohne, dass sie sofort wasserstofffähig sind. Dann gibt es einen Industriestrompreis in Deutschland, wenn die EU-Kommission uns das genehmigt, der insbesondere die energieintensiven Unternehmen entlastet, damit Energie und damit insbesondere Strom in Deutschland wieder preisgünstiger wird.

Ich will bei Ihnen heute ein zweites Thema ansprechen, jenseits der steuerpolitischen, der sozialpolitischen Fragen, die wir alle im Blick haben und die wir Schritt für Schritt lösen müssen. Das geht nicht über Nacht, aber wir sind auf einem ganz ordentlichen Weg. Übrigens, weil es über eine blöde, misslungene Richterwahl fast in Vergessenheit geraten ist: Wir haben am 11. Juli im Bundesrat die größte Steuerreform durchgebracht, die es in Deutschland seit 15 Jahren gegeben hat. Der Körperschaftsteuersatz wird sukzessive abgesenkt, jedes Jahr um einen Prozentpunkt auf dann zehn Prozentpunkte. Das ist dann der niedrigste Körperschaftsteuersatz, den wir jemals hatten. Und vorher gibt es drei Jahre hintereinander Abschreibungen in Ihren Unternehmen von jeweils 30 Prozent, degressiv, drei Jahre hintereinander, 2025, 2026, 2027. Die Investitionen, die Sie heute in Ihre Investitionsgüter im Unternehmen machen, können Sie dreimal hintereinander mit 30 Prozent degressiv abschreiben. Wenn Sie das durchrechnen, sind das am Ende des Abschreibungszeitraums zwei Drittel der Kosten, die Sie dann steuerlich haben geltend machen können.

Das setzt voraus, dass Sie das Geld verdienen. Sie können nur abschreiben, was Sie vorher verdient haben. Das weiß hier in Berlin nicht jeder, aber gehen Sie einmal davon aus, dass ich das weiß. Damit Sie das verdienen können, brauchen Sie auch eine vernünftige Finanzierung in Ihren Unternehmen. Und auch dazu möchte ich Ihnen gerne noch ein Thema nennen, das ich für außerordentlich wichtig halte. Wir sind in Deutschland zu stark bankenfinanziert. Und die Banken sind zu stark reguliert, als dass Sie heute in Ihren Unternehmen noch die Finanzierung erhielten, die Sie wirklich brauchen, um zu wachsen und neue Märkte zu erschließen.

Aus dem ziehe ich *zwei* Schlussfolgerungen. *Erstens*, wir müssen über die Regulierung unserer Banken reden. Die ist zu rigoros. Wir haben nach der Finanzkrise 2008/2009 viele Entscheidungen getroffen, die richtig sind. Die Risikopuffer sind größer geworden, die Rücklagen sind stärker geworden; das ist alles richtig. Aber das, was wir in Amerika sehen, und das, was wir in anderen Teilen der Welt sehen – auch in anderen Teilen Europas –, schafft viel, viel mehr Möglichkeiten einer guten Finanzierung auch über die Banken als in Deutschland. Das ist der erste Punkt.

Der *zweite* Punkt: Wir müssen raus aus dieser sehr starken Abhängigkeit von den Banken. Und das wiederum geht nur, wenn wir in Deutschland einen Kapitalmarkt haben, auf dem auch kleinere und mittlere Unternehmen den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen können und nicht auf die Banken angewiesen sind. Das ist in anderen Ländern auch sehr viel besser als bei uns. Viele Unternehmen in Deutschland sind auch aus diesem Grund unterkapitalisiert. Deswegen möchte ich, dass wir über den Kapitalmarkt in Deutschland sprechen. Das hat zwei Seiten. Das ist nicht nur die Finanzierung der Unternehmen. Das ist auch die Kapitalbildung und die Vermögensbildung in privater Hand und in privaten Haushalten. Überall dort, wo es einen besseren Kapitalmarkt gibt, gibt es eine sehr viel stärkere Vermögensbildung der privaten Haushalte – in Deutschland nicht. Wenn wir uns zu Recht darüber beklagen, dass wir eine ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland haben, dann hängt das auch mit diesen Möglichkeiten der Kapitalbildung, der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand bis hin zur Vermögensbildung für das Alter zusammen.

Genau aus diesem Grunde werden wir im nächsten Jahr – das ist ein bisschen komplizierter, deswegen haben wir es in diesem Jahr nicht mehr fertig bekommen, aber wir werden es im nächsten Jahr machen, rückwirkend zum 1. Januar 2026 – eine sogenannte Frühstartrente einführen. Was ist das? Das ist nichts anderes als das alte Sparbuch von früher in digitaler Form, heute am Kapitalmarkt. Jedes Kind in Deutschland erhält ab dem sechsten Lebensjahr bis zum Ende der Schulzeit, zwölf Jahre hintereinander, vom Staat jeden Monat zehn Euro auf ein Kapitalkonto eingezahlt – jeden Monat zehn Euro – und hat am Ende dieser Laufzeit gut 2.000 Euro auf einem Kapitalkonto; nicht, um denen ein Vermögen mitzugeben, sondern um den Kindern zu zeigen, welche Möglichkeiten es gibt, am Kapitalmarkt einen vernünftigen

Vermögensaufbau zu ermöglichen bis hin zu einer besseren Altersversorgung, als wir sie heute haben.

Ich spreche das hier an, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, worüber wir in dieser Koalition sprechen. Natürlich gelingt da nicht alles jeden Tag gleich gut. Aber wir haben eine präzise Vorstellung davon, wo wir mit diesem Land hinwollen, damit wir wettbewerbsfähig auf der Welt werden, damit unsere junge Generation eine Zukunft in Deutschland hat, sodass die nicht nach England, Dänemark, Großbritannien oder in die USA gehen und schauen müssen, sondern dass sie hier in Deutschland eine Chance haben, nicht zuletzt auch die, die Unternehmen fortzuführen, die Sie heute führen.

Damit bin ich bei dem letzten Punkt. Ich möchte, dass wir alle gemeinsam ein bisschen stärker dafür werben, dass eine offene, freiheitliche Gesellschaft und vor allem eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht von Staatsbediensteten allein gut leben kann, sondern dass eine solche Gesellschaft – damit ist nicht ein einziges Wort der Kritik gesagt. Ich finde hier in Berlin bis hin in das Bundeskanzleramt exzellent gute Beamte vor. Wir haben einen hervorragenden Staatsapparat. Der ist zu groß geworden. Deswegen machen wir ihn auch etwas kleiner. Aber wir brauchen eine verlässliche staatliche Verwaltung. Und die haben wir in Deutschland, weitestgehend korruptionsfrei, in die Gewaltenteilung eingebunden. Darum beneiden uns viele, viele andere Länder auf der Welt, dass wir eine so gute, funktionierende, manchmal zu gut funktionierende Verwaltung in Deutschland haben. Das ist nicht der Punkt. Mein Punkt ist, dass die Wertschöpfung eines Landes nicht aus der öffentlichen Verwaltung kommt. Die muss sie ermöglichen. Aber die Wertschöpfung selbst kommt von Ihnen.

Deswegen habe ich die herzliche Bitte: Werben Sie auch bei Ihren Kindern, in den nachfolgenden Generationen, gehen Sie in die Schulen und werben Sie dafür, dass unsere marktwirtschaftliche Ordnung die Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir in diesem Land auf Dauer Wohlstand und soziale Gerechtigkeit gewährleisten können. Ohne Sie geht es nicht – und das sage ich nicht, weil ich jetzt bei Ihnen bin. Das würde ich auf dem IG-Metall-Kongress genauso sagen, wie ich das heute hier bei Ihnen sage. Wir müssen dafür werben, dass junge Menschen in diesem Land wieder den Mut haben, sich selbstständig zu machen, den Mut haben, Ihre Unternehmen in der

nachfolgenden Generation zu übernehmen, Marken zu führen und vielleicht sogar ein bisschen stolz darauf zu sein, dass sie sie haben.

Denn, und das ist meine Schlussbemerkung: Wir leben doch eigentlich in einem fantastischen Land! Wir haben große Probleme, ja, aber ich stände nicht hier, ich würde dieses Amt nicht ausüben, wenn ich nicht der festen Überzeugung wäre, dass wir alle Chancen haben, diese Probleme zu lösen, und dass man eines Tages in der Rückschau auf diese Zeit zurückblicken und sagen wird: Okay, da hat es große Probleme und große Herausforderungen gegeben. Aber da gab es ein paar, die waren in der Politik unterwegs – ich bin es nicht allein –, haben das Problem erkannt, haben es gelöst und dafür gesorgt, dass man in diesem Land weiter in Freiheit, in Frieden, in Wohlstand und mit sozialer Gerechtigkeit leben kann. Das ist unsere Aufgabe. Herzlichen Dank!

* * * * *